

AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (9)



11. September 2012

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Zuerst möchten wir darauf aufmerksam machen, dass alle unsere Anträge und Anfragen auf der neu gestalteten Webseite der Linken Wetterau www.die-linke-wetterau.de zu finden sind, unter der Rubrik „Kreistag“. Dort könnt ihr auch lesen, was wir im Kreistag sagen: die Reden sind dort ebenfalls abgelegt.

Diesmal wird es wieder ein längerer Bericht aus dem Kreistag – obwohl es drei unserer Anträge erst gar nicht auf die Tagesordnung geschafft haben.

Hier in Kürze die abgewiesenen Anträge:

a) *„Der Kreistag spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ bei (<http://www.vermoeqenssteuerjetzt.de>). Der Kreisausschuss wird aufgefordert, sich entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.“*

Dieser Antrag wurde vom Ältestenrat abgelehnt. Die Begründung lautete ungefähr so: Das hat mit der Wetterau nichts zu tun. Vermögenssteuer bekommt der Bund und nicht wir. Heute haben wir bei der Eröffnung der Tagesordnung erneut dafür gesprochen, den Antrag auf die Tagesordnung aufzunehmen. Die Kreistagsvorsitzende verwies wieder darauf, dass es ein Bundesthema sei und der Ältestenrat deshalb so entschieden habe. Wir verwiesen darauf, dass es kein Bundesthema sei, ob der Kreistag einer Initiative beitrifft oder nicht.

Dennoch gab es auch unter Abgeordneten anderer Fraktionen Unmut. Grüne wollen nun dafür eintreten, dass der Antrag nächstes Mal auf die Tagesordnung kommt.

Wir haben einen Termin mit einem Anwalt gemacht, weil wir uns das nicht gefallen lassen wollen.

b) *„Der Kreistag des Wetteraukreises fordert die Wetterauer Mitglieder im Verwaltungsrat der Sparkasse Oberhessen auf, einen Beschluss des Verwaltungsrates herbei zu führen, dass die Sparkasse Oberhessen zukünftig gemäß §16 Hessisches Sparkassengesetz, 40% der Überschüsse, die als Bilanzgewinn ausgewiesen werden, an die Träger anteilmäßig (Wetteraukreis 74%, Vogelsbergkreis 26%) abführt.“*

und c) *„Der Kreistag des Wetteraukreises fordert die Verbandsgremien des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) auf, sich zukünftig nicht mehr an überregionalen Großprojekten zu beteiligen. Investition und Beteiligungen sollen zukünftig vorrangig im Verbandsgebiet der ZOV erfolgen.“*

Beide Anträge wurden als nicht zulässig für die Tagesordnung deklariert, was nun rechtlich überprüft werden muss: müssen wir es anders formulieren oder müssten sie es auch so auf die Tagesordnung schaffen?

Nun zur Kreistagssitzung am gestrigen Mittwoch, dem 10. September 2012:

Unser Antrag eine Tagung zum Thema „Neue politische und organisatorische Strategien neofaschistischer Organisationen“ durchzuführen

Es wurde in Zusammenarbeit mit der Antifa Bi eine Fachtagung für den 9. November vorbereitet. Sie findet in Büdingen im Heuson-Museum statt, von 15 bis 21 Uhr. Dort wird in Arbeitsgruppen überlegt, welche lokalen Strategien gegen Rechts wirksam sein könnten. (Jeder kann sich anmelden: pressestelle@wetteraukreis.de)

Unser Antrag die Problempunkte im Beirat des Jobcenters anzusprechen und Abhilfe einzufordern

Dieser Antrag war im Ausschuss für „Jugend, Soziales und Gesundheit“. Dort war der stellvertretende Leiter des Jobcenters Wölfel eingeladen.

Seiner Darstellung nach, gibt es im Jobcenter keine Probleme. Die Einrichtung arbeite sehr erfolgreich. Die „Bestände“ seien gesunken: 2 bis 3 % unter den Vorjahresstand. Es gäbe wenig Zugänge und Abgänge bei der Kundschaft. Rund 7300 Haushalte seien Kunden, das entspreche ca. 14 000 Menschen. Viele seien Aufstocker. Das Jobcenter hätte es geschafft, 2600 Menschen in Jobs zu vermitteln. Dabei wurde nicht gesagt, in welche Art Jobs. Auf Nachfrage verteidigte es befristete Jobs und Leiharbeit als „normale“ Arbeit. Man müsse davon wegkommen, nur Festeinstellungen als normale Arbeit zu betrachten. Sie seien immerhin sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, regulär und legal.

Wölfel ging auf den Todesfall von Neuss ein, bei dem eine Mitarbeiterin des Jobcenters getötet wurde. Er forderte die rückhaltlose Unterstützung der Politik für die schwere Arbeit seiner Einrichtung. Kritische Berichte in der Presse, wie unsere Meldung zur Schließung der clearingstelle, würden die Leute aufhetzen und zu Attacken ermuntern und seien nicht zu rechtfertigen.

Das Jobcenter hätte eine unterdurchschnittliche Beschwerdequote. Die Arbeit würde überdurchschnittlich bewertet und sie erhielten bei Klagen in 68% der Fälle recht. 60% der Vermittelten seien nach einem halben Jahr noch Arbeit. Der Anteil der Übernahmen würde nicht erfasst, Wölfel schätzt ihn auf 20%.

Die Bundesagentur für Arbeit hat in jüngster Vergangenheit 20 Agenturen auf Bundesebene geschlossen und 17 000 Mitarbeiter abgebaut.

Die Eingliederungshilfen wurden gleichzeitig gekürzt: in der Wetterau von über 12 Millionen auf 6,3 Millionen. Jetzt steht eine weitere Kürzung auf 4,8 Millionen an. Dennoch bestritt Wölfel, dass sich die Bedingungen für Eingliederung verschlechtert hätten. Es seien neue intelligente Modelle gefunden worden. Auf Nachfrage nannte er eine Kooperation mit der Berufsschule, die Zusammenarbeit mit der Altenpflegeschule Friedberg und dass viele Maßnahmen nicht mehr in Vollzeit, sondern in Teilzeit durchgeführt würden. Erzieher/innen/ausbildung gäbe es im Kreis nicht, da die Wingerschule nicht zertifiziert sei und es wenig geeignete Bewerber gäbe. Sie vermitteln geeignete Personen nach Hanau, Frankfurt oder Lauterbach.

Es gab eine durchaus kritische Diskussion. Wölfel hatte die Arbeit so positiv dargestellt, dass zum Beispiel der SPD Abgeordnete Becker aus Nidda – ehemals Leiter des Sozialamts – diese allzu positive Bilanz anzweifelte.

Wir argumentierten gegen die Anwürfe, wir trügen zur Mordstimmung bei: ...der beste Schutz für alle Beteiligten ist, dass niemand psychisch und physisch an den Rand seiner Existenz gedrängt wird.

Unser Antrag verbleibt zur weiteren Beratung im Ausschuss. Er soll inhaltlich diskutiert werden.

Im Nachgang sprach uns Wölfel nochmal im Flur an: er monierte, dass wir nicht mit dem Jobcenter zusammenarbeiten würden. Beim Besuch des Jobcenters hätten wir das versprochen und wir würden jetzt Pressemeldungen veröffentlichen, ohne nachgefragt zu haben. Wir verdeutlichten ihm: wir arbeiten nicht mit dem Jobcenter zusammen und haben das auch nicht versprochen. Wir arbeiten für die Menschen, die in unsere Sprechstunde kommen, weil sie Probleme haben. Wir haben lediglich das Angebot des Leiters des Jobcenters akzeptiert, schwierige Fälle mit ihm persönlich zu besprechen.

Unser Antrag „Nassauische Heimstätte“

Der Punkt 2 des Antrags wär noch Gegenstand der Debatte. Er lautet: *„Der Kreistag der Wetterau fordert die Hessische Landesregierung auf, eine aktive Rolle auf dem hessischen Wohnungsmarkt auszuüben und das Unternehmen „Nassauische Heimstätte – Wohnstadt“ als Instrument einer sozialen Wohnungspolitik zu stärken und auszubauen.“*

Der Antrag wurde im Ausschuss für „Regionalentwicklung, Umwelt und Energie“ beraten und die Koalition brachte nun einen eigenen geänderten Antrag ein.

Der lautet: *„Der Kreisausschuss des Wetteraukreises wird beauftragt, dem Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Energie, konkret über die Maßnahmen und Initiativen der Städte und Gemeinden im Wetteraukreis und aus dem Bereich der ansässigen Wohnungsbaugenossenschaften zum sozialen Wohnungsbau, Stellung zu geben“.*

Da es nichts schadet, wenn sich der Kreistag einen Überblick verschafft, haben wir diesem Antrag zugestimmt. Wir müssen nur aufpassen, dass es sich nicht zu einer Verzögerungstaktik auswächst.

Unser Antrag zur Einstellung einer/s Integrationsbeauftragten

Diesen Antrag haben wir vorläufig zurückgezogen. Es hat sich herausgestellt, dass wir noch einiges recherchieren müssen.

In der Kreistagsdebatte haben wir uns zu mehreren Punkten geäußert:

a) Schülerbeförderung

die CDU agiert als Vertreterin der Eltern und fordert einen Runden Tisch zur Verbesserung der Schülerbeförderung. Besonders für die Strecke Büdingen und Konradsdorf.

Dazu gab es eine Sondersitzung des Bildungsausschusses. Dort stellten die Vertreter der Verkehrsgesellschaft VGO dar: sie seien auch an einer Lösung interessiert, doch das sei wegen der knappen Mittel nicht einfach zu lösen. Sie seien zur Kürzung des ÖPNV-Angebots aufgefordert und wenn der Kreis eine Erweiterung wolle, müsse er die Mittel bereit stellen. Dafür wurde er von allen Parteien angegriffen: wenn man eine Lösung wolle, käme auch eine zustande. Man könne nicht immer nach Geld schreien.

Gabi hat in der heutigen Debatte folgendes gesagt:

„Natürlich sind wir für gemeinsame Gespräche. Innerhalb des Systems können sicher gute Ideen genutzt werden. Deshalb stimmt DIE LINKE. für Runde Tische.“

Doch es gab in der Vergangenheit bereits Runde Tische zur Schülerbeförderung Büdingen/Konradsdorf. Ich habe an der Förderschule in Konradsdorf gearbeitet. Für die Förderschüler/innen gibt es einen freigestellten Schulbusverkehr. Eltern aus

Büdingen haben immer versucht, ihre Kinder mit dem Schulbus der Förderschule zur Gesamtschule Konradsdorf zu schicken. Dieses Problem wurde bei den Runden Tischen schon jahrelang besprochen. Man sollte jetzt fragen: warum hat es nicht geklappt? Und dabei wird man darauf stoßen, dass sich dieses Problem nicht allein innerhalb des Wetteraukreises, sozusagen im bisherigen System, lösen lässt. Wenn die CDU jetzt hier ungeduldig Lösungen fordert, handelt sie schizophren: Entscheidungen im Bund und auf Landesebene haben die Situation im Schülerverkehr zwischen Büdingen und Konradsdorf verschärft.

Es wurden die Mittel für den ÖPNV verringert. Durch schulpolitische Beschlüsse, wie G8 ist die Zahl der pendelnden Schüler/innen aus Büdingen erst auf 200 angewachsen, denn in Konradsdorf gibt es G9.

Sie haben vielleicht bei der Sondersitzung überhört, dass der Vertreter der VGO davon sprach, dass er angehalten ist, Verbindungen zu streichen. Abbau ist angesagt. Sie, meine Damen und Herren, versprechen hier aber in den Brennpunkten Verbesserungen. Dabei ist absehbar, dass dafür andere Verbindungen gekappt werden. Unserer Meinung nach ist es nicht lauter, den Eltern Versprechungen zu machen. Runde Tische können das Problem nicht lösen – bestenfalls verschieben. Um das Problem wirklich zu lösen, muss man über den Wetterauer Tellerrand schauen.“

b) Container für Flüchtlinge

Sozialdezernent Betschel-Pflügel beantragte, auf dem Gelände der WAUS, Pflingstweide 7 in Friedberg, Container für Flüchtlinge aufzustellen. Die Container sollen angemietet werden. Er möchte aber eine Kaufoption, falls das ökonomisch sinnvoll erscheint. Dafür beantragt er eine Million Euro bereit zu stellen.

Derzeit kommen viele Flüchtlinge in der Wetterau an. Deshalb ist eine schnelle Unterbringung nötig. Der Kreis hat nicht genügend Häuser, um alle unterzubringen. Wir haben diesem Antrag zugestimmt. Doch dass diese Lösung fünf Jahre andauern soll, haben wir moniert. Es gibt im Hochtaunuskreis ein Containerlager in Oberursel, das seit 15 Jahren existiert. Dort leben die Flüchtlinge in unmenschlichen Wohnverhältnissen. Wir haben gefordert, dass es sich bei den Containern nur um eine vorübergehende und zeitlich begrenzte Übergangslösung handeln kann.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi